



Die Beauftragte
des Landes Brandenburg
zur Aufarbeitung der Folgen
der kommunistischen Diktatur

Aufarbeitungsbeauftragte Dr. Maria Nooke

Gedenkveranstaltung am 01.09.2024

79. Jahrestag der Verlegung des sowjetischen Speziallagers Nr. 7 nach Sachsenhausen

Sehr geehrter Herr Prof. Drecoll,

sehr geehrter Herr Ney,

sehr geehrte Frau Vizepräsidentin Haghanipour,

lieber Herr Wolf,

ich begrüße Sie auch stellvertretend für alle Überlebenden des Speziallagers Sachsenhausen,

sehr geehrte Angehörige der Opfer,

sehr geehrte Damen und Herren,

heute vor 85 Jahren, am 1. September 1939, überfiel Nazideutschland unser Nachbarland Polen und entfesselte den 2. Weltkrieg, einen verbrecherischen Vernichtungskrieg. Zuvor hatte Hitler am 23. August einen Nichtangriffspakt mit seinem größten Feind abgeschlossen, mit dem sowjetischen Diktator Stalin. Mit diesem Zweckbündnis verschaffte sich Hitler freie Hand für seine Kriegspläne und Stalin konnte seine Expansionsinteressen umsetzen. Denn in einem geheimen Zusatzprotokoll teilten Hitler und Stalin Polen auf und einigten sich über territoriale Interessenssphären in Osteuropa.

Dem Überfall der Wehrmacht auf Polen folgte am 17. September der Einmarsch der Roten Armee in Ostpolen sowie die Annexion der baltischen Staaten und von Teilen Rumäniens und Finnlands. Während die Wehrmacht in einem vierwöchigen Blitzkrieg mit rücksichtsloser Brutalität Polen unterwarf und wenige Monate später den Krieg nach Westen ausdehnte, begannen in den von der Sowjetunion besetzten Gebieten stalinistische Säuberungen und Deportationen. Diese wurden erst durch den Überfall der Wehrmacht auf die Sowjetunion gestoppt. Dem Ende dieser Verbrechen folgten neue Verbrechen.

Fast sechs Jahre tobte dieser barbarische Krieg in Europa und forderte Zigmillionen von Opfern. Die größten Verluste hatte die Sowjetunion mit 24 Millionen Toten zu beklagen. Sechs Millionen Juden und mehr als 200.000 Sinti und Roma fielen dem Rassenwahn zum Opfer. Eine Viertelmillion Euthanasieopfer sind zu beklagen und fast 3,5 Millionen nichtjüdische Zivilisten, KZ-Häftlinge, Zwangsarbeiter und

Deportierte wurden Opfer deutscher Massenverbrechen. Was für eine grauenhafte Bilanz! Wie gut, dass die Antihitlerkoalition Deutschland besiegte und befreite.

Doch der Befreiung vom Nationalsozialismus folgte in den von der Sowjetunion besetzten Ländern neue Unfreiheit und Willkür. Auch die Menschen in der sowjetisch besetzten Zone, der späteren DDR, waren der stalinistischen Willkür der siegreichen Sowjetunion ausgeliefert

Den Vereinbarungen entsprechend richteten die alliierten Siegermächte des Zweiten Weltkrieges Internierungslager ein, um ihre Besatzung abzusichern. Hier in Sachsenhausen nutzte das NKWD, das sowjetische Volkskommissariat für innere Angelegenheiten, das Gelände des ehemaligen Konzentrationslagers für eines der zehn sowjetischen Speziallager in der Sowjetischen Besatzungszone. Während in den Lagern der Westalliierten schon bald die Überprüfungen der Internierten begannen, herrschte in den sowjetischen Speziallagern Willkür, Unsicherheit und Schweigen. Offiziell als Lager für NS- und Kriegsverbrecher deklariert, wurden vor allem NSDAP-Angehörige mit niedrigen und mittleren Funktionen interniert und viele Jugendliche unter angeblichem Wehrwolfverdacht.

Mitglieder der militärischen und politischen Führungselite dagegen, von „Volkssturm“ „SS“ und „SA“, sowie das Personal von Gefängnissen, Konzentrationslagern, Militärkommandanturen, der Militärstaatsanwaltschaft und den Gerichten waren befehlsgemäß in die Kriegsgefangenenlager des NKWD einzuweisen. Wie viele von ihnen dennoch zur Häftlingsgesellschaft in den Speziallagern und vor allem hier in Sachsenhausen gehörten, ist bis heute unklar.

Schon bald richteten sich die Verhaftungen zunehmend gegen Menschen, die als „feindliche Elemente“ deklariert wurden, weil sie sich der neuen Diktatur zu widersetzen versuchten. Im Gegensatz zu den Internierten, die ohne jegliches Verfahren in die Speziallager eingeliefert wurden, verhängten sowjetische Militärtribunale gegen diese Menschen Strafen von bis zu 25 Jahren Arbeitslager oder Todesurteile. Sie wurden nach dem berüchtigten Artikel 58 des sowjetischen Strafgesetzbuches abgeurteilt, der seit Mitte der 1920er Jahre in der Sowjetunion den politischen Säuberungen diene und Menschen zu Verrätern und Staatsfeinden abstempelte.

Es brauchte nicht viel, um in das Visier der sowjetischen Machthaber zu geraten. Unbedachte Äußerungen, Denunziationen, eine gefundene und nicht abgegebene Waffe, Kontakte in den Westen, vermeintlicher oder tatsächlicher Widerstand oder der Einsatz für demokratische Strukturen und Parteien waren Anlässe für Verhaftungen. Fehlende Beweise waren für die Ermittlungen der sowjetischen

Geheimpolizei kein Hindernis. Unter Folter erpresste Geständnisse reichten für eine Verurteilung durch die Sowjetischen Militärtribunale aus. Die unter Folter genannten Namen nutzte das NKWD, um weitere Menschen zu verhaften.

Es gehörte zum Prinzip des kommunistischen Terrors, Menschen verschwinden zu lassen. So lebten viele Angehörige mit der Ungewissheit, was passiert war, wo der geliebte Mensch geblieben war, ob er noch lebte. Viele bekamen erst nach dem Ende von DDR und Sowjetunion eine Information über deren Verbleib. Welch schreckliche Vorstellung, jahrelang auf den geliebten Mann oder Vater zu warten, nicht zu wissen, wo Mutter oder Tochter verblieben ist, ohnmächtig der Situation des Wartens und Hoffens ausgeliefert zu sein. Nicht wenige Angehörige sind an der Situation verzweifelt. Denn oft erreichte sie nur noch die Nachricht vom Tod des geliebten Menschen.

Mehr als 120.000 Menschen wurden in den Nachkriegsjahren in den zehn sowjetischen Speziallagern inhaftiert. Nach sowjetischen Unterlagen starben bis 1950 fast 43.000 Personen, also etwa jeder Dritte der Gefangenen. Für das Speziallager Nr. 7 / Nr. 1 in Weesow und Sachsenhausen sind 11.889 Tote namentlich erfasst. Sie starben infolge der katastrophalen Verhältnisse in den Lagern, an Verzweiflung und Hoffnungslosigkeit. Nicht erfasst werden können die im Lager geborenen und dort verstorbenen Kinder. Denn weder ihre Geburt noch ihr Tod wurden von der Lagerverwaltung registriert.

Der 1. September ist für 22 dieser Opfer, die uns aus dem Totenbuch bekannt sind, der Todestag. Der Älteste von ihnen war August Scheele. Er verstarb am 1. September 1946 im Alter von 69 Jahren. Gerd Siegert und Georg Tarussio waren 36 Jahre alt, als sie am 1. September 1948 verstarben.

Wir wissen bis heute nur wenig von diesen Menschen, die in den Lagern der sowjetischen Besatzungsmacht verschwunden sind und dort elendig den Tod fanden. Wer waren sie? Wo kamen sie her? Weshalb wurden sie abgeholt? Was haben sie getan – oder nicht getan? Was legte man ihnen zur Last – zu welchem Geständnis wurden sie erpresst? Wofür hätten sie verurteilt werden müssen? Oder wofür hätten sie freigesprochen werden müssen, wenn es denn faire Verfahren gegeben hätte? Vieles lässt sich nach 80 Jahren nicht mehr eindeutig klären. Aber wir wissen: Wenn man Unrecht mit Unrecht sühnt, werden Menschen erneut zu Opfern.

Wer diese Menschen waren, an die wir heute erinnern – diese Frage bleibt. Sie ist noch nicht beantwortet, aber es ist unsere Aufgabe, danach zu suchen.

Nur zu den Verurteilten der sowjetischen Militärtribunale gibt es seit Öffnung der Archive einige Informationen. So auch zu Hans-Jürgen Post.

Seit dem 6. Dezember 1948, dem Tag der Beerdigung seines Vaters, war Hans-Jürgen spurlos verschwunden. Familie Post stammte aus Stettin, wo der Vater als Dentist tätig war. 1945 mussten die

Posts wie viele andere ihre Heimatstadt verlassen. Die Familie kam in Greifswald unter und lebte fortan beengt in einem Zimmer. Wie viele der Vertriebenen hatten sie nicht nur Hab und Gut verloren, sondern erlebten nun – als Polacken verschrien – Ablehnung durch die einheimische Bevölkerung.

Hans-Jürgen wollte vermutlich wie viele seiner Generation nach dem furchtbaren Krieg an einer besseren Zukunft mitwirken. Im April 1946 trat der knapp Sechzehnjährige in die KPD ein und wurde im Zuge der Vereinigung von KPD und SPD Mitglied der SED. Im Wintersemester 1947/48 erhielt er die Zulassung zum Vorstudium der Universität Greifswald.

Seit er verschwunden war, bemühte sich seine Mutter verzweifelt, herauszufinden, wo ihr Sohn verblieben war. Sie schrieb an das Zentralkomitee der SED, an den Präsidenten und die Regierung der DDR, immer wieder gab es abweisende Antworten. Einen Hoffnungsschimmer weckte vermutlich ein Schreiben des Innenministeriums der DDR vom Februar 1950, in dem der Mutter mitgeteilt wurde, dass die Entlassungsaktion aus dem Speziallager im März abgeschlossen sein würde und die meisten der Internierten nach Hause kämen. Doch Hans-Jürgen blieb verschollen. Denn schon im Oktober 1949 war der 19jährige an Lungentuberkulose im Speziallager Sachsenhausen gestorben. Wie schrecklich muss es für seine Mutter und seine Schwester gewesen sein, nicht zu wissen, wo er verblieben war, wie es ihm seit seinem Verschwinden ergangen ist und ob er überhaupt wiederkommen würde.

Nur über einen Zeitungsbericht in der im Westen erschienenen Pommerschen Zeitung vom Oktober 1961 bekam die Familie Nachricht von seinem Tod. Ob die darin von einem Haftkameraden geschilderten Gründe für seine Verhaftung stimmen, ist bisher nicht überprüfbar. Bis zu ihrem Tod im Jahr 1994 hatte die Mutter von Hans-Jürgen Post keine Gewissheit, was mit ihrem Sohn geschehen war. Wenn wir heute der Toten der Speziallager gedenken, schließen wir in die Erinnerung auch das Leid ihrer Angehörigen mit ein.

Im Rehabilitierungsbescheid der Russischen Föderation aus dem Jahr 2002 findet sich als Grund für die Verurteilung von Hans-Jürgen Post der Vorwurf der konterrevolutionären Sabotage. Verurteilt wurde er nach dem berüchtigten Artikel 58/14 des sowjetischen Strafgesetzbuchs zu acht Jahren Freiheitsentzug im Besserungs- und Arbeitslager. Demnach hätte er bewusst bestimmte Verpflichtungen nicht oder vorsätzlich unzulänglich erfüllt, um die Macht der Regierung und das Funktionieren des Staatsapparates zu beeinträchtigen. Ein vernichtendes Urteil für einen jungen Mann, der sich für eine gute und lebenswerte Zukunft in Freiheit einsetzen wollte.

Wenn wir im nächsten Jahr das Ende des Zweiten Weltkrieges vor 80 Jahren begehen, ist es 36 Jahre her, dass das Schweigen über das Unrecht in den sowjetischen Speziallagern und die sowjetische Internierungspraxis beendet werden konnte. Viele Kenntnisse haben wir seitdem gewonnen. Doch was

ist in unserer Gesellschaft über das Unrecht der sowjetischen Besatzungszeit heute bekannt? Wie viele Schulklassen, die die Gedenkstätte besuchen, beschäftigen sich auch mit diesem Teil unserer Geschichte? In einer Resolution vom Mai dieses Jahres haben wir Aufarbeitungsbeauftragte gemeinsam mit Vertretern von Verfolgtenverbänden und Aufarbeitungsinitiativen sowie dem Verband der Geschichtslehrerinnen und -lehrer Deutschlands gefordert, mehr Wissen über die sowjetische Besatzungszeit und DDR-Vergangenheit zu vermitteln und mehr Diktatur zu erklären.

Junge Menschen wissen immer weniger zur Geschichte beider deutscher Diktaturen. Die Kenntnis der historischen Fakten und der Mechanismen von Diktaturen und deren Auswirkungen auf das Leben der Menschen sind wichtig, um zu eigenen fundierten Urteilen zu kommen, um richtige Entscheidungen zu treffen, sich selbst zu positionieren.

Angesichts des Angriffskriegs, den Russland gegen die Ukraine führt, gewinnt die Kenntnis der russischen und sowjetischen Geschichte eine aktuelle Bedeutung. Putins Geschichtsdeutung zur Legitimierung des Krieges gegen die Ukraine und die Methoden zur Sicherung seiner Herrschaft stehen in einer langen und schrecklichen Tradition. Es ist unsere Pflicht, zu widersprechen, wo Unrecht und fehlendes Verständnis von Rechtsstaatlichkeit Raum greifen. Es ist unsere Pflicht, Mechanismen aufzudecken, wo unsere Freiheit auf dem Spiel steht.

Wir wissen, dass jede Generation einen neuen Zugang zur Geschichte finden muss. Deshalb gehört die Vermittlung von Wissen über die NS-Verbrechen wie auch die Auseinandersetzung mit dem stalinistischen Unrecht, wie es sich auch hier im sowjetischen Speziallager in Sachsenhausen gezeigt hat, zu unserer Aufgabe. Das sind wir den Opfern schuldig. Und das ist die Herausforderung, wenn wir unsere Demokratie stärken und bewahren wollen.